

# Pressemitteilung



## Effektiverer Insektenschutz erfordert erhebliche finanzielle Mittel

**Wendorff: „Brandenburg trägt am morgigen Weltbienentag besondere Verantwortung. Mit Vertrauen wie Skepsis gleichermaßen erwarten wir den morgigen Start des parlamentarischen Verfahrens zum Insektendialog!“**

**Teltow, 19.05.2021.** Morgen ist Weltbienentag. Für die Honigbienen ist in diesen Tagen der Tisch reich gedeckt, denn die 66.000 Hektar Raps, die die Brandenburger Landwirtinnen und Landwirte in diesem Jahr angebaut haben, stehen in voller Blüte. Sie bieten den Insekten Nahrung und liefern reichlich Rohstoff für den schmackhaften und cremigen Rapshonig. (Hierzu: <https://youtu.be/wPjod2g6FXk> )

Während die Entwicklung der Honigbienen positiv verläuft, ist die Insektenvielfalt insgesamt noch rückläufig. Auch wenn die Gründe komplex sind, scheint eines klar: die Art und Weise, wie wir in der westlichen Zivilisation leben und wirtschaften, ist der Insektenvielfalt nicht immer förderlich. Die beiden erfolgreichen Volksinitiativen von Landnutzern und Naturschützern aus dem vergangenen Jahr sind der Versuch, auf Landesebene positive Akzente zu setzen. Deshalb wurden sie in einem moderierten Verfahren unter Beteiligung des Brandenburger Landtages zu einem Kompromiss zusammengeführt. Dieser zeigt mögliche Wege hin zu einem effektiveren Insektenschutz auf und verdeutlicht, dass weitere Fortschritte stark von der Gegenfinanzierung abhängen. „Wir Landwirte haben uns mit weitreichenden Eingriffen bei der Bewirtschaftung in Naturschutzgebieten einverstanden erklärt, wenn wir im Gegenzug einen vollen finanziellen Ausgleich erhalten. Bauern müssen mit den gestiegenen Ansprüchen beim Insektenschutz leben und mit ihren Dienstleistungen Einkommen generieren können. Außerdem wollen wir auch eine breitere wissenschaftliche Begleitung. Es muss evaluiert werden, welche Maßnahmen wirken und welche nicht“, erklärt LBV Präsident Henrik Wendorff.

Am 20.05. befasst sich auch der Brandenburger Landtag mit der Thematik. Die Abgeordneten entscheiden in einer ersten Lesung auch über den Rahmen der zu diskutierenden Einschränkungen und über die Finanzierung der Maßnahmen. „Nun, da es ans Geld geht, werden wir sehen, ob zeitgleich alle Maßnahmen umgesetzt werden können, zumal auf europäischer und Bundesebene viel in Bewegung ist. Gut wäre auch

die verabredete Installation eines Begleitgremiums,“ so Wendorff. Problematisch ist, dass der Gesetzentwurf nicht von den Koalitionsfraktionen, sondern nur von drei Abgeordneten in den Landtag eingebracht wird. Ein klares Bekenntnis der Koalition zum Ergebnis des Dialogprozesses hätte anderes ausgesehen. Die Verbände appellieren daher an die Abgeordneten, das Artikelgesetz und alle eingebrachten Anträge in das weitere Verfahren zu überweisen. Der Handschlag der Vereinbarung sieht nach der ersten Lesung weitere Kompromisse vor, die Beratungen jedoch nur auf Basis der gesetzlichen Einschränkungen, jedoch ohne die Anträge zum Ausgleich zu beginnen, entspricht nicht dem Geist des Dialogverfahren. „Wir vertrauen weiter auf den eingeschlagenen Weg und auf die Vereinbarung, den morgigen Tag werden wir aber sehr genau beobachten“, so Henrik Wendorff.